Deutscher Bundestag
12. Wahlperiode

Drucksache 12/7495

09. 05. 94

Sachgebiet 188

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 23. April 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über den Autobahnzusammenschluß im Raum Frankfurt/Oder und Schwetig

A. Zielsetzung

Bau und Umbau einer grenzüberschreitenden Autobahnbrücke über die Oder im Raum Frankfurt/Oder und Schwetig für den Zusammenschluß der Bundesautobahn A 12 von Berlin in Richtung Osten mit der polnischen Autobahn A 2 von Warschau in Richtung Westen.

B. Lösung

Das am 23. April 1993 unterzeichnete Abkommen trifft die erforderlichen Regelungen. Mit dem vorgelegten Vertragsgesetz sollen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifikation des Abkommens geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Der auf die Bundesrepublik Deutschland entfallende Kostenanteil für die Ausführung des Straßenbauwerks (Straßenbrücke im Zuge einer Bundesfernstraße) wird nach Kostenstand 1994 auf ca. 35 Millionen DM geschätzt; er wird vom Bund als Baulastträger aus den Mitteln des Straßenbauplans getragen. Soweit die Verwaltungskosten nicht von der Republik Polen getragen werden, trägt sie das Land Brandenburg im Rahmen der Auftragsverwaltung (Artikel 90 Abs. 2 des Grundgesetzes). Im übrigen werden Bund, Länder und Gemeinden nicht mit Kosten belastet.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
021 (323) – 900 01 – De 13/94 (NA 2) Bonn, den 6. Mai 1994

An die Präsidentin
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 23. April 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über den Autobahnzusammenschluß im Raum Frankfurt/Oder und Schwetig mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr.

Der Bundesrat hat in seiner 668. Sitzung am 29. April 1994 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Dr. Helmut Kohl

Entwurf

Gesetz zu dem Abkommen vom 23. April 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über den Autobahnzusammenschluß im Raum Frankfurt/Oder und Schwetig

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Slubice am 23. April 1993 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über den Autobahnzusammenschluß im Raum Frankfurt/Oder und Schwetig sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Das Abkommen und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Auf die in Artikel 9 Abs. 1 des Abkommens bezeichneten Umsätze findet deutsches Umsatzsteuerrecht Anwendung.

(2) Für die in Artikel 9 Abs. 2 Satz 1 des Abkommens genannten Waren werden außer Zöllen keine Einfuhrabgaben erhoben. Dies gilt nicht bei der Einfuhr für die öffentlichen Bauverwaltungen.

(3) Die in Artikel 9 des Abkommens vorgesehenen steuerlichen Bestimmungen sind mit Wirkung vom 23. April 1993 anzuwenden.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 13 Abs. 2 sowie das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das Abkommen Steuern berührt, deren Aufkommen den Ländern und Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Absatz 1 sieht die Anwendung des deutschen Umsatzsteuerrechts im gesamten Baustellenbereich auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen vor. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, daß die Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 2 des Abkommens die Planung und Bauausführung übernimmt sowie, daß aus Gründen des Rechts der Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf eine Besteuerung auf deutschem Hoheitsgebiet nicht verzichtet werden kann. Gleichzeitig wird durch die Anwendung eines einheitlichen Steuerrechts die Bauausführung erleichtert.

Absatz 2 sieht vor, daß insbesondere auf die Erhebung von Einfuhrumsatzsteuer verzichtet wird. Damit sollen praktische Schwierigkeiten für Unternehmer und Verwaltung vermieden werden. Es handelt sich lediglich um eine steuertechnische Vereinfachung im Rahmen einer örtlich beschränkten Einzelmaßnahme, nicht um eine materielle Vergünstigung. Würde die Einfuhrumsatzsteuer erhoben, könnte sie von den bauausführenden Unternehmern in voller Höhe als Vorsteuer abgezogen werden. Einfuhren für die öffentlichen Bauverwaltungen (Endverbrauch) werden von der Regelung nicht erfaßt.

Absatz 3 sieht vor, daß die steuerlichen Bestimmungen nach Artikel 9 des Abkommens mit Wirkung vom 23. April 1993 anzuwenden sind. Um eine baldige Verbesserung der Verkehrsbeziehungen und eine frühestmögliche Inbetriebnahme der Grenzbrücke zu ermöglichen, haben sich die Vertragsstaaten in Nummer 3 der Protokollerklärung zu dem Abkommen darauf verständigt, mit den Bauarbeiten bereits nach Unterzeichnung des Abkommens und damit noch vor seinem Inkrafttreten zu beginnen. Mit den Bauarbeiten auf deutschem Gebiet wurde bereits am 23. April 1993 begonnen. Um auch die Anwendung der steuerlichen Bestimmungen des Abkommens bereits ab Baubeginn sicherzustellen, ist die innerstaatliche Anwendung dieser Bestimmungen mit Wirkung vom 23. April 1993 vorgesehen. Grundsätze der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes stehen dieser rückwirkenden Anwendung nicht entgegen.

Zu Artikel 3

Absatz 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 13 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Der auf die Bundesrepublik Deutschland entfallende Kostenanteil für die Ausführung des Straßenbauwerks (Straßenbrücke im Zuge einer Bundesfernstraße) wird nach Kostenstand 1994 auf ca. 35 Millionen DM geschätzt; er wird vom Bund als Baulastträger aus den Mitteln des Straßenbauplans getragen. Soweit die Verwaltungskosten nicht von der Republik Polen getragen werden, trägt sie das Land Brandenburg im Rahmen der Auftragsverwaltung (Artikel 90 Abs. 2 des Grundgesetzes).

Im übrigen werden Bund, Länder und Gemeinden nicht mit Kosten belastet.

Im Wirtschaftsbereich sind in Einzelfällen auf regionaler Ebene geringfügige Preisanhebungen nicht völlig auszuschließen, sie lassen sich im voraus jedoch nicht quantifizieren. Bei der für Straßenbauwerke hier relativ geringen Auftragssumme von ca. 58 Millionen DM (geschätzt nach Kostenstand 1994) und angesichts des Gesamtumsatzvolumens im Marktsegment Baustoffe und Bauleistungen sind überregionale gesamtwirtschaftliche Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, durch die Nachfrage nach den hier vornehmlich benötigten Gütern Beton, Betonstahl sowie Spannstahl nicht zu erwarten.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über den Autobahnzusammenschluß im Raum Frankfurt/Oder und Schwetig

Umowa między Republiką Federalną Niemiec a Rzecząpospolitą Polską o połączeniu autostrad w rejonie Frankfurtu n/O i Świecka

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Republik Polen –

von dem Wunsch geleitet, den Straßenverkehr zwischen den beiden Staaten und den Durchgangsverkehr durch ihre Hoheitsgebiete in Übereinstimmung mit dem Vertrag vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zu erleichtern –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Gegenstand des Abkommens

(1) Die im Bereich der Grenze auszubauende deutsche Autobahn A 12 von Berlin in Richtung Osten und die polnische Autobahn A 2 von Warschau in Richtung Westen sollen im Raum Frankfurt/Oder und Schwetig zusammengeschlossen werden.

(2) Zu diesem Zweck werden folgende Bauvorhaben durchgeführt:

a) auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und dem Hoheitsgebiet der Republik Polen der Bau des Brückenteils für die Fahrtrichtung Warschau–Berlin und der Umbau des vorhandenen Brückenteils für die Fahrtrichtung Berlin–Warschau der grenzüberschreitenden Autobahnbrücke über die Oder (Grenzbrücke),

b) auf dem Hoheitsgebiet der Republik Polen

- der beidseitige Anbau von Manövrierstreifen an die Autobahn A 2 zwischen der vorhandenen Zollanlage und dem Anschluß der Staatsstraße Nr. 275,
- der Umbau der Anschlußstelle zur Verknüpfung der Autobahn A 2 mit der Staatsstraße Nr. 275,
- der Ausbau der Staatsstraße Nr. 275 zwischen der Autobahn A 2 und Straßenkilometer 6,2

(Straßenverbindungen).

(3) Die Vertragsstaaten streben an, die Grenzbrücke und die Straßenverbindungen im Jahre 1996 fertigzustellen.

Artikel 2

Planung und Bauausführung

(1) Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt die

a) Vermessung,

b) Planung und Entwurf,

c) Ausschreibung,

Republika Federalna Niemiec

i

Rzeczpospolita Polska

kierując się życzeniem usprawnienia ruchu drogowego między obydwoma Państwami oraz w tranzycie przez terytoria obydwu Państw, zgodnie z traktatem między Republiką Federalną Niemiec a Rzecząpospolitą Polską o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy z dnia 17 czerwca 1991, roku,

uzgodniły co następuje:

Artykuł 1

Przedmiot Umowy

(1) Rozbudowywane w rejonie granicy państwowej, polska autostrada A 2 z Warszawy w kierunku zachodnim i niemiecka autostrada A 12 z Berlina w kierunku wschodnim, powinny być połączone w rejonie Świecka i Frankfurtu n/O.

(2) W tym celu zostaną wykonane następujące przedsięwzięcia budowlane:

a) na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej i na terytorium Republiki Federalnej Niemiec budowa części mostu dla ruchu w kierunku jazdy z Warszawy do Berlina i przebudowa istniejącej części mostu przez Odrę dla kierunku jazdy z Berlina do Warszawy dla przekraczającego granicę mostu,

b) na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej

- dobudowanie po obydwu stronach autostrady A 2 dodatkowych łącznic na odcinku między istniejącymi obiektami odprawy celnej i połączeniem z drogą krajową Nr 275,
- przebudowa węzła komunikacyjnego łączącego autostradę A 2 z drogą krajową Nr 275,
- rozbudowa drogi krajowej Nr 275 na odcinku między autostradą A 2 a kilometrem 6,2 (połączenia dróg).

(3) Umawiające się Strony będą dążyć, ażeby budowa mostu granicznego i połączenia drogowe zostały zakończone w roku 1996.

Artykuł 2

Planowanie i wykonawstwo

(1) Republika Federalna Niemiec przejmuje wykonanie

a) prac pomiarowych,

b) prac planistycznych i projektowych,

c) ogłoszenie przetargu,

d) Auftragsvergabe,

e) Prüfung der Ausführungsunterlagen,

f) Bauüberwachung und

g) Prüfung der Abrechnung der vertraglichen Leistungen

für die Grenzbrücke jeweils nach Herstellung des Einvernehmens mit der Republik Polen.

(2) Für die in Absatz 1 Buchstaben a bis d genannten Tätigkeiten trägt die Republik Polen keine Kosten. Die Kosten für die in Absatz 1 Buchstaben e bis g genannten Tätigkeiten tragen die Vertragsstaaten anteilig nach dem Verhältnis der Längenanteile der Grenzbrücke, gemessen in Brückenachse zwischen den Auflagerachsen und der Grenze zwischen den Hoheitsgebieten der Vertragsstaaten. Bei der Ermittlung des Kostenanteils für die Republik Polen bleibt die deutsche Umsatzsteuer und ähnliche indirekte Steuer unberücksichtigt.

(3) Die Republik Polen übernimmt auf ihrem Hoheitsgebiet die in Absatz 1 genannten Tätigkeiten für die Straßenverbindungen.

(4) Für den Bau und Umbau der Grenzbrücke werden die beauftragten Unternehmer im Bauvertrag verpflichtet, getrennte Rechnungen zu erstellen für

- alle Widerlager und Pfeiler auf dem Hoheitsgebiet jedes Vertragsstaats und
- die Brückenüberbauten (Tragwerk) einschließlich derjenigen Leistungen, die nur für das gesamte Bauwerk erbracht werden können, nach dem Verhältnis der Längenanteile der Grenzbrücke, gemessen in Brückenachse zwischen den Auflagerachsen und der Grenze zwischen den Hoheitsgebieten der Vertragsstaaten.

(5) Die Grenzbrücke wird nach den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Normen und Vorschriften des Bauwesens geplant, ausgeführt und abgenommen. Für einzelne Brückenbauteile können die Vertragsstaaten die Anwendung polnischer Bauvorschriften vereinbaren. Die Straßenverbindungen werden nach den in der Republik Polen geltenden Normen und Vorschriften des Bauwesens geplant, ausgeführt und abgenommen.

Artikel 3

Grunderwerb

Jeder Vertragsstaat sorgt dafür, daß auf seinem Hoheitsgebiet die für den Bau sowie Umbau der in Artikel 1 Absatz 2 genannten Anlagen dauernd oder zeitweilig erforderlichen Grundstücke rechtzeitig zur Verfügung stehen.

Artikel 4

Abnahme

Die Abnahme der Bauarbeiten wird von den jeweils zuständigen Verwaltungen der Vertragsstaaten (derzeit: für die deutsche Seite die Straßenbauverwaltung des Landes Brandenburg, für die polnische Seite die Generaldirektion der öffentlichen Straßen) für jedes Brückenteil sowie für die Straßenverbindungen getrennt vorgenommen. Jeweils nach Abschluß der Bauarbeiten wird das Brückenteil nach dem bei öffentlichen Bauaufträgen angewendeten deutschen Recht, die Straßenverbindungen nach polnischem Recht abgenommen.

Artikel 5

Unterhaltung

(1) Die Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung der Grenzbrücke sowie der Winterdienst auf der Grenzbrücke wird gesondert geregelt.

(2) Die Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung der Straßenverbindungen übernimmt die Republik Polen auf ihrem Hoheitsgebiet mit der Schlußabnahme dieser Anlagen.

d) zlecenie robót budowlanych,

e) sprawdzenie dokumentacji wykonawczej,

f) sprawowanie nadzoru budowlanego i

g) sprawdzenie rozliczenia prac zleconych umowami

dotyczących mostu granicznego, po każdorazowym uzgodnieniu z Rzecząpospolitą Polską.

(2) Za wykonanie czynności wymienionych w ustępie 1 litery od a) do d) Rzeczpospolita Polska nie ponosi żadnych kosztów. Koszty wykonanych czynności wymienionych w punkcie 1 litery od e) do g) ponoszą Umawiające się Strony, dzieląc je między sobą odpowiednio do długości części mostu granicznego mierzonych wzdłuż osi mostu między osiami skrajnych podpór a granicą między terytoriami obydwu Umawiających się Stron. Przy określeniu wielkości kosztów ponoszonych przez Rzeczpospolitą Polską nie będzie uwzględniany niemiecki podatek obrotowy ani podobne podatki pośrednie.

(3) Rzeczpospolita Polska przejmuje wykonanie wymienionych w ustępie 1 czynności dla połączeń drogowych na swoim terytorium.

(4) Przy budowie i przebudowie mostu granicznego, wykonawcy będą zobowiązani w Umowie do wystawiania oddzielnych faktur za wykonanie

- wszystkich przyczółków i filarów na terytorium każdej z Umawiających się Stron,
- górnych elementów mostu (ustrój niosący) włącznie z tymi pracami, które odnoszą się tylko do całej konstrukcji, odpowiednio do długości części mostu granicznego mierzonych wzdłuż osi mostu między osiami skrajnych podpór a granicą między terytoriami obydwu Umawiających się Stron.

(5) Most graniczny będzie projektowany, wykonany i odebrany według norm i przepisów budowlanych obowiązujących w Republice Federalnej Niemiec. Dla pojedyńczych elementów konstrukcji mostu Umawiające się Strony mogą uzgodnić zastosowanie polskich przepisów budowlanych. Połączenia drogowe będą projektowane, wykonane i odebrane według norm i przepisów budowlanych obowiązujących w Rzeczypospolitej Polskiej.

Artykuł 3

Pozyskanie gruntów

Każda z Umawiających się Stron zadba, aby uzyskać na swoim terytorium, na stałe lub na czas określony, niezbędne tereny dla budowy i przebudowy obiektów wymienionych w artykule 1 ustęp 2 i przekazać je do dyspozycji w odpowiednim czasie.

Artykuł 4

Odbiór

Odbiór robót budowlanych będzie wykonany przez odpowiednio właściwe administracje Umawiających się Stron (t. j. obecnie Generalną Dyrekcję Dróg Publicznych ze strony polskiej i Zarząd Drogowy Landu Brandenburgii ze strony niemieckiej), oddzielnie dla każdej części mostu i dla połączeń drogowych. Po każdym zakończeniu prac budowlanych część mostu będzie odbierana według niemieckich przepisów prawa a połączenia drogowe według polskich przepisów prawa stosowanych w umowach dotyczących robót budowlanych.

Artykuł 5

Utrzymanie

(1) Utrzymanie, naprawy i remonty mostu granicznego oraz utrzymanie zimowe na moście granicznym zostaną uregulowane oddzielnie.

(2) Utrzymanie, naprawy i remonty połączeń drogowych przejmie Rzeczpospolita Polska na swoim terytorium, z chwilą ostatecznego odbioru tych urządzeń.

Artikel 6

Kosten

(1) Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten für den Bau sowie Umbau der Grenzbrücke einschließlich Grunderwerb, soweit die Grenzbrücke auf seinem Hoheitsgebiet liegt. Danach trägt die Bundesrepublik Deutschland ca. 60 vom Hundert, die Republik Polen ca. 40 vom Hundert der Kosten. Bei der Aufteilung dieser Kosten sind die Kosten für die in Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben a bis d genannten Tätigkeiten sowie die deutsche Umsatzsteuer und ähnliche indirekte Steuer, die in den Bau- und Umbaukosten enthalten sind, nicht zu berücksichtigen. Diese Steuern werden allein von der Bundesrepublik Deutschland getragen.

(2) Die vorhandenen Unterlagen für die erforderlichen Planungen der Grenzbrücke werden gegenseitig kostenlos zur Verfügung gestellt, insbesondere Vermessungsunterlagen und Baugrunduntersuchungen.

(3) Die Republik Polen trägt die Kosten für den Ausbau und Umbau einschließlich Grunderwerb, für die Unterhaltung, Instandsetzung sowie die Erneuerung der Straßenverbindungen auf ihrem Hoheitsgebiet.

Artykuł 6

Koszty

(1) Każda z Umawiających się Stron ponosi koszty budowy i przebudowy mostu granicznego włącznie z kosztami pozyskania gruntów dla tej części mostu, która znajduje się na jej terytorium. W związku z tym Republika Federalna Niemiec ponosi około 60 %, a Rzeczpospolita Polska około 40 % kosztów. Przy podziale tych kosztów nie należy uwzględniać wydatków ponoszonych na czynności wymienione w artykule 2, punkcie 1 litery a) do d) oraz niemieckiego podatku obrotowego ani podobnych podatków pośrednich. Podatki te będą obciążały tylko Republikę Federalną Niemiec.

(2) Istniejące dokumentacje wymagane do prac projektowych mostu granicznego, a w szczególności dotyczące pomiarów i badania gruntów, będą bezpłatnie wzajemnie udostępnione.

(3) Rzeczpospolita Polska ponosi koszty rozbudowy i przebudowy, włącznie z pozyskaniem gruntów oraz utrzymania, napraw i remontów połączeń drogowych na swoim terytorium.

Artikel 7

Zahlungen

(1) Die Bundesrepublik Deutschland hat der Republik Polen einen Finanzbeitrag in Höhe von 40 Mio. DM (in Worten: vierzig Millionen Deutsche Mark) zur Verfügung gestellt, den die Republik Polen vorrangig für den Bau und Umbau der Grenzbrücke sowie für den Ausbau und Umbau der Straßenverbindungen verwenden wird.

(2) Die für den Bau und Umbau der Grenzbrücke von der Republik Polen nach Artikel 6 zu tragenden Kosten werden von der Bundesrepublik Deutschland den Auftragnehmern nach Baufortschritt gezahlt und mit dem von der Bundesrepublik Deutschland der Republik Polen zur Verfügung gestellten Finanzbeitrag verrechnet. Höhe und Zeitpunkt der Auszahlungen an die bauausführenden Firmen werden der Republik Polen laufend mitgeteilt.

(3) Den für den Ausbau und Umbau der Straßenverbindungen vorgesehenen Finanzbedarf wird die Republik Polen zwei Monate im voraus der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Verkehr, mitteilen und diese Mittel aus dem Haushalt des Bundesministeriums für Verkehr zur Überweisung auf ein zu bezeichnendes Konto abrufen.

Artykuł 7

Płatności

(1) Republika Federalna Niemiec stawia do dyspozycji Rzeczpospoiitej Polskiej wkład finansowy w kwocie 40 mln DM (słownie: czterdzieści milionów marek niemieckich), które Rzeczpospolita Polska przeznaczy przede wszystkim, na finansowanie budowy i przebudowy mostu granicznego, jak również rozbudowy i przebudowy połączeń drogowych.

(2) Ponoszone przez Rzeczpospolitą Polską według artykułu 6 koszty budowy i przebudowy mostu granicznego zostaną rozliczone z wykonawcą przez Republikę Federalną Niemiec zgodnie z postępem prac budowlanych z wkładu finansowego, jaki Republika Federalna Niemiec postawiła do dyspozycji Rzeczypcspolitej Polskiej. Rzeczpospolita Polska będzie bieżąco informowana o wysokościach i terminach wpłat na rzecz wykonawcy.

(3) Potrzeby finansowe przewidywane dla prowadzenia przez Rzeczpospolitą Polską prac przy rozbudowie i przebudowie połączeń drogowych będą zgłaszane Republice Federalnej Niemiec, reprezentowanej przez Federalne Ministerstwo Komunikacji, z dwumiesięcznym wyprzedzeniem i będą przekazywane z budżetu Federalnego Ministerstwa Komunikacji na podane konto.

Artikel 8

Betretungsrecht

(1) Die beim Bau sowie Umbau der Grenzbrücke beschäftigten Staatsangehörigen jedes Vertragsstaats sowie der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften, deren Angehörige im Verhältnis zur Republik Polen nicht der Visumspflicht unterliegen, wie auch alle anderen am Bau sowie Umbau beteiligten Staatsangehörigen der Vertragsstaaten und der für die Republik Polen visafreien Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften dürfen zur Wahrnehmung dieser Aufgabe die Grenze im Bereich der Baustelle für die Grenzbrücke überschreiten und sich auf dem Teil der Baustelle aufhalten, der im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats liegt, ohne daß sie dafür einer Aufenthaltsgenehmigung bedürfen. Angehörige anderer Staaten, die beim Bau sowie Umbau der Grenzbrücke beschäftigt sind, dürfen die Grenze im Bereich der Baustelle überschreiten, wenn sie die nach den Bestimmungen der Vertragsstaaten erforderlichen Dokumente und Erlaubnisse mit sich führen.

(2) Die in Absatz 1 genannten Beschäftigten und die anderen im gleichen Absatz genannten Personen müssen ein von beiden Vertragsstaaten anerkanntes Dokument mit sich führen, das zum Übertritt der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen berechtigt.

Artykuł 8

Prawo przekraczania granicy

(1) Obywatele każdej z Umawiających się Stron, zatrudnieni przy budowie oraz przebudowie mostu granicznego jak również obywatele państw członkowskich Wspólnot Europejskich, którzy w stosunku do Rzeczypospolitej Polskiej nie podlegają obowiązkowi wizowemu oraz inni obywatele Umawiających się Stron i państw członkowskich Wspólnot Europejskich, które z Rzecząpospolitą Polską nie posiadają obowiązku wizowego, związani z budową i przebudową mostu granicznego mają prawo przekraczania granicy w rejonie placu budowy mostu granicznego i przebywania w miejscach budowy znajdujących się na terytorium drugiego państwa w celu wykonania swoich obowiązków, bez konieczności posiadania w tym celu zezwolenia na pobyt. Obywatele innych państw, zatrudnieni przy budowie i przebudowie mostu granicznego mogą przekraczać granicę w rejonie budowy, jeżeli posiadają dokumenty i zezwolenia wymagane przez przepisy Umawiających się Stron.

(2) Osoby zatrudnione, o których mowa w ustępie 1 oraz inne osoby wymienione w tym ustępie muszą posiadać ze sobą dokument uprawniający do przekraczania granicy między Rzecząpospolitą Polską a Republiką Federalną Niemiec uznany przez każdą z Umawiających się Stron.

(3) Jeder der Vertragsstaaten wird Personen, die unter Verletzung dieses Abkommens in das Hoheitsgebiet des anderen Staats gelangt sind, jederzeit formlos rückübernehmen.

(4) Einzelfragen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Baustellenbereich der Grenzbrücke werden von den örtlich zuständigen Grenzbehörden einvernehmlich geregelt.

(5) Diese Bestimmungen gelten solange und soweit keine gesonderten Übereinkünfte zwischen den Vertragsstaaten über das Überschreiten der Grenze getroffen werden.

Artikel 9

Steuerliche Bestimmungen

(1) Auf die Lieferungen von Gegenständen und Materialien sowie die sonstigen Leistungen, die im Zusammenhang mit dem Bau sowie Umbau der Grenzbrücke bewirkt werden, ist das Umsatzsteuerrecht der Bundesrepublik Deutschland anzuwenden. Für diese Umsätze wird keine polnische Umsatzsteuer oder ähnliche indirekte Steuer erhoben.

(2) Für Waren, die aus dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats eingeführt werden, werden mit Ausnahme von Zöllen keine Eingangsabgaben erhoben, soweit die Waren zum Bau sowie Umbau der Grenzbrücke verwendet werden. Dies gilt von Baubeginn an. Sicherheiten werden nicht verlangt. Satz 1 gilt nicht bei der Einfuhr von Waren für die öffentlichen Bauverwaltungen.

(3) Die zum Bau sowie Umbau der Grenzbrücke erforderlichen Waren unterliegen bei ihrer Einfuhr und Ausfuhr keinen Verboten und Beschränkungen.

(4) Die zuständigen Steuer- und Zollbehörden beider Vertragsstaaten verständigen sich und leisten einander jede notwendige Information und Unterstützung bei der Anwendung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Rahmen der Bestimmungen der Absätze 1 bis 3. Die deutschen und polnischen Vertreter dieser Behörden sind berechtigt, sich auf der Baustelle für die Grenzbrücke aufzuhalten und dort die Maßnahmen im Rahmen der Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 zu treffen, die in ihren Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgesehen sind. Im übrigen bleiben die jeweiligen Hoheitsrechte der Vertragsstaaten unberührt.

(5) Unberührt bleibt das Abkommen vom 18. Dezember 1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie das dazugehörige Protokoll vom selben Tag.

Artikel 10

Gemischte Kommission

(1) Es wird eine deutsch-polnische Gemischte Kommission für den Bau und Umbau der Grenzbrücke gebildet. Diese besteht aus den beiden Leitern der Delegationen und aus den von jedem Vertragsstaat zu den Sitzungen entsandten Mitgliedern. Die Vertragsstaaten teilen einander den Leiter ihrer Delegation in der Gemischten Kommission mit. Jeder Delegationsleiter kann die Kommission durch Ersuchen an den Leiter der anderen Delegation zu einer Sitzung unter seinem Vorsitz einberufen. Die Sitzung muß auf seinen Wunsch spätestens innerhalb eines Monats nach Zugang dieses Ersuchens stattfinden.

(2) Die Gemischte Kommission hat die Aufgabe, grundsätzliche Fragen zu klären, die sich hinsichtlich des Baus sowie Umbaus der Grenzbrücke ergeben, und den Vertragsstaaten Empfehlungen zu unterbreiten, insbesondere zur:

a) Gestaltung und zu den Abmessungen der Grenzbrücke,

b) Feststellung des Umfangs der gemeinsamen Arbeiten,

(3) Każda z Umawiających się Stron będzie każdorazowo i bez formalności przejmować osoby, które w skutek naruszenia postanowień niniejszej Umowy znalazły się na terytorium drugiej Umawiającej się Strony.

(4) Szczegółowe zagadnienia dotyczące bezpieczeństwa i porządku w rejonie placu budowy mostu granicznego zostaną, uregulowane przez właściwe, miejscowe organy graniczne we wzajemnym porozumieniu.

(5) Postanowienia tego artykułu będą obowiązywały tak długo, dopóki Umawiające się Strony nie zawrą nowego porozumienia dotyczącego przekraczania granicy.

Artykuł 9

Postanowienie podatkowe

(1) Przy dostarczaniu urządzeń i materiałów oraz przy świadczeniach służących do budowy i przebudowy mostu granicznego będzie stosowane prawo o podatku obrotowym Republiki Federalnej Niemiec. Przy obrocie tymi urządzeniami i materiałami nie będzie pobierany ze strony polskiej podatek obrotowy ani inne podatki pośrednie.

(2) Za towary wwożone z terytorium jednej Umawiającej się Strony na terytorium drugiej Umawiającej się Strony nie będą pobierane żadne opłaty wwozowe za wyjątkiem opłat celnych, jeżeli towary te będą użyte do budowy oraz przebudowy mostu granicznego. Obowiązuje to od czasu rozpoczęcia budowy. Gwarancje nie są wymagane. Postanowienia zdania pierwszego nie obowiązują przy wwozie towarów przeznaczonych dla publicznych administracji budowlanych.

(3) Towary potrzebne do budowy i przebudowy mostu granicznego nie podlegają przy wwozie i wywozie żadnym ograniczeniom lub zakazom.

(4) Właściwe władze podatkowe i celne obu Umawiających się Stron podczas realizacji postanowień niniejszej Umowy będą przekazywać sobie niezbędne informacje i udzielać wzajemnie pomocy przy stosowaniu obowiązującego prawa i przepisów administracyjnych dotyczących postanowień ustępów od 1 do 3 niniejszego artykułu. Niemieccy i polscy przedstawiciele tych władz będą uprawnieni do przebywania w rejonie budowy mostu granicznego i podejmowania tam działań w ramach postanowień wymienionych ustępów od 1 do 3, które są określone w ich prawie i przepisach administracyjnych. Działania te nie mogą naruszać suwerenności Umawiających się Stron.

(5) Postanowienia niniejszej Umowy nie naruszają Umowy z dnia 18 grudnia 1972 roku między Polską Rzeczpospolitą Ludową a Republiką Federalną Niemiec w sprawie zapobiegania podwójnemu opodatkowaniu w zakresie podatków od dochodu i majątku oraz Protokółu tej Umowy z tego samego dnia.

Artykuł 10

Komisja Mieszana

(1) Do spraw budowy i przebudowy mostu granicznego zostanie utworzona polsko-niemiecka Komisja Mieszana. Składać się ona będzie z przewodniczących obu delegacji oraz innych członków delegowanych na posiedzenia przez każdą z Umawiających się Stron. Umawiające się Strony poinformują się wzajemnie o wyznaczeniu przewodniczących delegacji do Komisji Mieszanej. Każdy przewodniczący delegacji może zwołać pod swoim przewodnictwem posiedzenie Komisji w porozumieniu z przewodniczącym delegacji drugiej Umawiającej się Strony. Posiedzenie takie musi odbyć się w ciągu jednego miesiąca od wystąpienia z wnioskiem o jego zwołanie.

(2) Zadaniem Komisji Mieszanej jest wyjaśnienie podstawowych problemów dotyczących budowy i przebudowy mostu granicznego, jak również przedstawianie Umawiającym się Stronom zaleceń, w szczególności w sprawach:

a) konstrukcji i wymiarów mostu granicznego,

b) określenia zakresu wspólnych prac,

c) Prüfung des Bauwerksentwurfs und des Vergabevorschlags,

d) Einigung über Zahlungen und Zahlungsmodalitäten,

e) Abnahme des Bauwerks,

f) Kostenteilung für den Bau sowie Umbau der Grenzbrücke,

g) Übergabe und Übernahme des Bauwerks,

h) Auslegung oder Anwendung des Abkommens bei Streitigkeiten.

(3) Jede Delegation in der Gemischten Kommission kann sich von den zuständigen Verwaltungen des anderen Vertragsstaats die Unterlagen vorlegen lassen, die sie für notwendig erachtet, um die Beschlüsse der Kommission vorzubereiten.

(4) Jeder Vertragsstaat kann zu den Sitzungen der Gemischten Kommission Experten einladen.

(5) Die Gemischte Kommission faßt ihre Beschlüsse in gegenseitigem Einvernehmen.

Artikel 11

Meinungsverschiedenheiten

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen durch die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten gelöst werden. Jeder Vertragsstaat kann zu diesem Zweck die Gemischte Kommission um Stellungnahme bitten. Ausnahmsweise kann der diplomatische Weg genutzt werden.

Artikel 12

Sonstige Bauvorhaben

(1) Zur Schaffung der erforderlichen Leistungs- und Funktionsfähigkeit der Grenzabfertigung des Warenverkehrs (Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren, einschließlich der Transportmittel) ist der Bau von Grenzabfertigungsanlagen (Gebäude, Parkplätze, sonstige Einrichtungen) erforderlich. Diese sollen auf dem Hoheitsgebiet der Republik Polen errichtet werden.

(2) Die Errichtung der Grenzabfertigungsanlagen wird von den Vertragsstaaten auf der Grundlage des Abkommens vom 29. Juli 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über Erleichterungen der Grenzabfertigung gesondert geregelt.

(3) Die Grenzabfertigungsanlagen sollen im Jahre 1994 fertiggestellt werden.

Artikel 13

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden sobald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Artikel 14

Geltungsdauer und Abkommensänderungen

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann nur im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den Vertragsstaaten geändert oder ergänzt werden.

(2) Ergeben sich bei der Durchführung des Abkommens erhebliche Schwierigkeiten oder ändern sich die bei seinem Abschluß

c) sprawdzenia projektu obiektu budowlanego i propozycji przydziału zleceń,

d) zgodności realizowanych płatności,

e) odbioru obiektu budowlanego,

f) podziału kosztów dotyczących budowy i przebudowy mostu granicznego,

g) przekazania i przyjęcia wykonanego objektu budowlanego,

h) interpretacji lub stosowania niniejszej Umowy w przypadkach sporów.

(3) Każda delegacja w ramach Komisji Mieszanej moze zażądać od właściwych władz administracyjnych drugiej Umawiającej się Strony przedłożenia stosownych dokumentów, które uzna za niezbędne dla przygotowania decyzji Komisji.

(4) Każda z Umawiających się Stron może zapraszać ekspertów na posiedzenie Komisji Mieszanej.

(5) Komisja Mieszana podejmuje swoje decyzje na zasadzie wzajemnego porozumienia.

Artykuł 11

Rozbieżności

Rozbieżności dotyczące interepretacji lub stosowania niniejszej Umowy powinny być rozstrzygane przez właściwe władze Umawiających się Stron. Każda z Umawiających się Stron może zasięgnąć opinii Komisji Mieszanej w tych sprawach. Wyjątkowo może być wykorzystana droga dyplomatyczna.

Artykuł 12

Pozostałe przedsięwzięcia budowlane

(1) W celu uzyskania właściwej wydajności oraz funkcjonalności odpraw granicznych towarów (wwóz, wywóz i przewóz towarów tranzytem, włącznie ze środkami transportu) jest wymagana budowa urządzeń odprawy granicznej (budynki, parkingi i inne urządzenia). Powinny być one zlokalizowane na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej.

(2) Budowa urzadzeń odprawy granicznej będzie oddzielnie uregulowana między Umawiającymi się Stronami biorąc za podstawę Umowę między Rzecząpospolitą Polską a Republiką Federalną Niemiec z dnia 29 lipca 1992 roku o ułatwieniach w odprawie granicznej.

(3) Urządzenia odprawy granicznej powinny zostać wybudowane w roku 1994.

Artykuł 13

Wejście w życie Umowy

(1) Umowa niniejsza podlega ratyfikacji; wymiana dokumentów ratyfikacyjnych nastąpi możliwie szybko w Bonn.

(2) Niniejsza Umowa wejdzie w życie w pierwszym dniu drugiego miesiąca po wymianie dokumentów ratyfikacyjnych.

Artykuł 14

Okres obowiązywania i zmiany Umowy

(1) Niniejsza Umowa jest zawarta na czas nieokreślony. Może być ona zmieniona lub uzupełniona tylko za zgodą Umawiających się Stron.

(2) Jeżeli podczas realizacji Umowy ujawnią się znaczne trudności lub zmienią się zasadnicze warunki na jakich była ona

bestehenden Verhältnisse wesentlich, so werden die Vertragsstaaten auf Verlangen eines Vertragsstaats über eine angemessene Neuregelung verhandeln.

zawarta, to na żądanie jednej z Umawiających się Stron, Strony podejmą negocjacje w sprawie nowych uregulowań.

Geschehen zu Slubice am 23. April 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Sporządzono w Słubicach, dnia 23. 04. 1993r., w dwóch egzemparzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym obydwa teksty posiadają jednakową moc.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Republikę Federalną Niemiec
Franz Bertele
Günther Krause

Für die Republik Polen
Za Rzeczpospolitą Polską
Jaworski

Protokoll

Protokół

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Polen

haben anläßlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über den Autobahnzusammenschluß im Raum Frankfurt/Oder und Schwetig die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind:

1. Zum inhaltlichen Verständnis des Artikels 9 Absatz 1 wird festgestellt, daß diese Bestimmung die Anwendung des deutschen Umsatzsteuerrechts im gesamten Baustellenbereich der Grenzbrücke vorsieht, weil die Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 2 des Abkommens die Planung und die Bauausführung übernimmt und aus Gründen des Rechts der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften auf eine Besteuerung auf deutschem Hoheitsgebiet nicht verzichtet werden kann. Außerdem wird durch die Anwendung eines einheitlichen Steuerrechts die Bauausführung erleichtert.

2. Bestimmungen entsprechend denen, die in Artikel 9 des Abkommens zugunsten der Bundesrepublik Deutschland vorgesehen sind, sollen in künftigen Fällen, in denen vergleichbare grenzüberschreitende Bauwerke errichtet werden, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit möglichst paritätisch zugunsten der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen vorgesehen werden, wenn die Errichtung der Bauwerke dadurch erleichert werden könnte.

3. Um im Interesse einer baldigen Verbesserung der Verkehrsbeziehungen eine frühestmögliche Inbetriebnahme der Grenzbrücke sicherzustellen, wird bereits nach Unterzeichnung des Abkommens und damit noch vor seinem Inkrafttreten mit den Bauarbeiten begonnen. Die für den Beginn der Bauarbeiten erforderlichen Mittel sind bei den Vertragsstaaten verfügbar.

4. Über die zum Vorstehenden zu treffenden Maßnahmen werden die Regierungen der Vertragsstaaten sich jeweils rechtzeitig verständigen; diese Verständigung wird in gutem nachbarschaftlichem Geist und im Rahmen der gemeinsamen Verkehrsplanung vor sich gehen.

Geschehen zu Slubice am 23. April 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Republikę Federalną Niemiec
Franz Bertele
Günther Krause

Für die Republik Polen
Za Rzeczpospolitą Polską
Jaworski

Republika Federalna Niemiec
i
Rzeczpospolita Polska

przy okazji podpisania Umowy między Republiką Federalną Niemiec a Rzecząpospolitą Polską o połączeniu autostrad w rejonie Frankfurtu n/O i Świecka przyjęły następujące uzgodnienia, które stanowią składową część tej Umowy.

1. W celu wyjaśnienia treści artykułu 9 ustęp 1 stwierdza się, że postanowienie tego ustępu przewiduje zastosowanie niemieckiego prawa o podatku obrotowym na całym obszarze budowy mostu granicznego, ponieważ Republika Federalna Niemiec, zgodnie z artykułem 2 Umowy, przejmuje wykonanie prac projektowych i budowlanych, jak również dlatego, że na podstawie prawa państw członkowskich Wspólnot Europejskich, Republika Federalna Niemiec nie może zrezygnować ze stosowania opodatkowania na niemieckim terytorium. Ponadto zastosowanie jednolitego prawa podatkowego będzie ułatwiać realizację budowy.

2. Korzystne postanowienia przewidziane w artykule 9 Umowy na rzecz Republiki Federalnej Niemiec w przypadkach realizacji podobnych przedsięwzięć granicznych, powinny być stosowane na zasadzie wzajemności możliwie przy zachowaniu parytetu na rzecz Rzeczypospolitej Polskiej i Republiki Federalnej Niemiec, jeżeli ułatwiać to będzie realizację obiektów budowlanych.

3. Aby oddać możliwie najwcześniej do eksploatacji most graniczny w celu szybkiej poprawy warunków komunikacyjnych, prace budowlane zostaną rozpoczęte natychmiast po podpisaniu Umowy, to znaczy jeszcze przed jej wejściem w życie. Umawiające się Strony dysponują niezbędnymi środkami dla rozpoczęcia prac budowlanych.

4. Rządy Umawiających się Stron będą porozumiewały się we właściwym czasie co do działań związanych z realizacją przedsięwzięć; uzgonienia takie będą podejmowane w duchu dobrosąsiedztwa i w ramach wspólnych planów komunikacyjnych.

Sporządzono w Słubicach, dnia 23. 04. 1993r., w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym oba teksty mają jednakową moc.

Denkschrift zum Abkommen

I. Allgemeines

Am 23. April 1993 ist das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über den Autobahnzusammenschluß im Raum Frankfurt/Oder und Schwetig in Slubice unterzeichnet worden. Die damit angestrebte Verbesserung des Straßenverkehrs zwischen den beiden Staaten geschieht in Übereinstimmung mit dem Vertrag vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit. Durch den Bau und Umbau der grenzüberschreitenden Autobahnbrücke über die Oder sollen die Bundesautobahn A 12 von Berlin in Richtung Osten und die polnische Autobahn A 2 von Warschau in Richtung Westen südlich von Frankfurt/Oder und Schwetig zusammengeschlossen werden. Die Bauarbeiten für die Grenzbrücke solien 1996 abgeschlossen werden.

II. Besonderes

1. Zum Abkommen

Artikel 1 regelt den Gegenstand des Abkommens: Bau und Umbau der Grenzbrücke über die Oder und den Bau von Straßenverbindungen auf polnischem Hoheitsgebiet als funktionale Einheit.

Artikel 2 weist die Ausführung der für den Bau und Umbau der Grenzbrücke notwendigen Arbeiten der Bundesrepublik Deutschland zu. Diese Arbeiten werden im Rahmen der Auftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen vom Land Brandenburg durchgeführt (Artikel 90 Abs. 2 des Grundgesetzes).

Artikel 3 verpflichtet die Vertragsstaaten zum rechtzeitigen Grunderwerb auf ihrem Hoheitsgebiet.

Artikel 4 sieht die Abnahme der Bauwerke durch die zuständigen Verwaltungen der Vertragsstaaten vor; für die Grenzbrücke gilt das bei öffentlichen Bauaufträgen angewendete deutsche Recht, für die Straßenverbindungen auf polnischem Hoheitsgebiet polnisches Recht.

Artikel 5 bestimmt, daß für die Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung der Grenzbrücke sowie den Winterdienst auf der Grenzbrücke eine gesonderte Regelung getroffen wird. Die Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung der Straßenverbindungen übernimmt die Republik Polen.

Artikel 6 teilt die Kosten für den Bau und Umbau der Grenzbrücke nach dem Territorialprinzip: Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten, soweit das Bauwerk auf seinem Hoheitsgebiet liegt. Dabei bleiben jedoch die Kosten für die in Artikel 2 Abs. 1 Buchstaben a bis d des Abkommens genannten Tätigkeiten unberücksichtigt. Das gleiche gilt für die deutsche Umsatzsteuer; diese wird allein von der Bundesrepublik Deutschland getragen.

Artikel 7 legt die Erstattung des von der Republik Polen zu tragenden Anteils der Zahlungen fest, die die Bundesrepublik Deutschland an die Auftragnehmer leistet, und regelt das Verfahren. Im Rahmen dieses Verfahrens wird auch der Finanzbeitrag (40 Mio. DM) verrechnet, den die Bundesrepublik Deutschland der Republik Polen zur Verfügung gestellt hat; der Finanzbeitrag wird von der Republik Polen vorrangig für den Bau und Umbau der Grenzbrücke, ferner für den Ausbau und Umbau der Straßenverbindungen auf polnischem Hoheitsgebiet verwendet. Die haushaltsmäßige Grundlage dieses Finanzbeitrags ist das Kapitel 1202 des Bundeshaushalts 1993.

Artikel 8 bestimmt, unter welchen Voraussetzungen die beim Bau und Umbau der Grenzbrücke Beschäftigten der Vertragsstaaten oder die sonst beteiligten Staatsangehörigen der Vertragsstaaten sowie der für Polen visafreien Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Grenze überschreiten und sich auf der Baustelle oder der Brücke aufhalten dürfen.

Artikel 9 beruht auf der Erwägung und der praktischen Erfahrung, daß es am einfachsten und zweckmäßigsten ist, wenn das Besteuerungsrecht eines Vertragsstaats, möglichst des planenden und bauausführenden Vertragsstaats, im gesamten Baustellenbereich auf dem Hoheitsgebiet beider Vertragsstaaten zur Anwendung kommt. Durch Artikel 9 wird ferner gewährleistet, daß zum Zwecke der Errichtung des Bauwerks ein weitgehend ungehinderter Warenverkehr stattfindet.

Artikel 10 sieht die Bildung einer deutsch-polnischen Gemischten Kommission vor, die beim Bau und Umbau der Grenzbrücke anfallende bautechnische Fragen einvernehmlich klären und bestimmte nach dem Abkommen notwendige Maßnahmen und Entscheidungen vorbereiten soll.

Artikel 11 regelt das Verfahren bei Meinungsverschiedenheiten.

Artikel 12 sieht vor, daß über den Bau von Grenzabfertigungsanlagen auf der Grundlage des Abkommens vom 29. Juli 1992 über Erleichterungen der Grenzabfertigung eine gesonderte Vereinbarung geschlossen wird.

Artikel 13 legt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens nach Austausch der Ratifikationsurkunden fest.

Artikel 14 regelt die Geltungsdauer und legt fest, wann eine Änderung des Abkommens in Betracht kommen kann.

2. Zum Protokoll

Nummer 1 stellt fest, daß für die in Artikel 9 Abs. 1 des Abkommens vorgesehene Anwendung des deutschen Umsatzsteuerrechts Gründe der Praktikabilität und des Rechts der Mitgliedstaaten der Europäischen Union maßgebend sind. Mit dieser Erläuterung wird einem polnischen Wunsch Rechnung getragen.

Nummer 2 enthält eine Gegenseitigkeitserklärung des Inhalts, daß die in Artikel 9 Abs. 1 des Abkommens zugunsten der Bundesrepublik Deutschland getroffene Regelung in künftigen Fällen vergleichbarer Bauvorhaben möglichst paritätisch zugunsten der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen vorgesehen wird, wenn dadurch die Errichtung der Bauwerke erleichtert werden könnte.

Nummer 3 sieht vor, daß mit den Bauarbeiten bereits nach Unterzeichnung des Abkommens begonnen werden soll.

Nummer 4 enthält die Versicherung gegenseitiger Verständigung über die zu treffenden Maßnahmen in gutem nachbarschaftlichen Geist.

Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn 427342 5.94
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333